

Die globale Minimaethik der Weltgesellschaft

Hermann Pfütze

Zusammenfassung

An Beispielen der Migration wird die These erörtert, dass die Weltgesellschaft, gegen starke Widerstände vieler Interessen, zunehmend normativen Druck auf Arbeit, Politik und Moral ausübt. Heute zählen alle, Überflüssige und Illegale, Migranten und Flüchtlinge, auch die Toten, nicht nur statistisch, sondern moralisch. Niemand verschwindet mehr unbemerkt. Wer Gegensätze und Konflikte verschärft, muss sie auch ertragen. Das ist die emotionale und soziale Bringschuld der Zukunft.¹

Abstract

Using examples from migration, the author discusses the thesis that the world society, against fierce opposition from many interest groups, is exerting growing pressure on labour, politics and morals. Today all people – redundant citizens, illegal aliens, migrants and refugees as well as the dead – count, not only from a statistical but also from a moral perspective. Nobody disappears unnoticed anymore. Those who intensify clashes and conflicts, will have to bear them. This is the emotional and social debt to be paid in the future.

Schlüsselwörter

Ethik – Gesellschaft – Globalisierung – Migration – Flüchtling – Arbeit – Asylrecht – Lebensbedingungen – Fremder

1. Europa

Das Programm der Europäischen Union vom März 2004 zur Förderung der „Rückkehr von Migrationsströmen in ihre Heimatländer“ (Regulation (EC) 2004, Welzer 2008, S. 186) heißt, mit Sinn für die Ironie der Geschichte, AENEAS. Damit soll wohl verhindert werden, dass das neue Europa, anders als einst Rom, mitgegründet und bevölkert wird von Flüchtlingen aus Kleinasien und Afrika. Der Kriegsflüchtling *Aeneas* fand mit seiner Familie und einem Tross Überlebender aus dem zerstörten Troja nach langen Umwegen und Kämpfen eine neue Heimat in Italien und gründete Rom. Das hatte *Jupiter* seiner Tochter *Venus*, der göttlichen Mutter des *Aeneas*, zum Trost für dessen Schicksal versprochen. Als der Held Karthago endgültig in Richtung Latium verließ, sprach er zu *Dido*: „Auch wir haben das Recht, ein Reich in der Fremde zu suchen“ und „nicht freiwillig gehe ich nach Italien“ (*Vergil*). Kaiser *Augustus*, der den Dichter *Vergil* förderte, verstand sich als Erbe und

Vollender dieses Migrations-Gründungsmythos der Stadt und des Weltreichs.

Die Entstehung einer ähnlichen Legende über das künftige Europa wollen die derzeit maßgeblichen Europapolitiker und -politikerinnen mit Gewalt und Geld verhindern. Europa verschließt sich gegen den Nahen Osten und Afrika, Istanbul und Kairo sollen weit weg bleiben von Rom und Brüssel. Die Frage, die in diesem Beitrag erörtert wird, ist jedoch, ob Migration die Unterschiede zwischen dem reichen Europa und den armen „Drittländern“ nicht eher stabilisiert als sie, wie von vielen befürchtet, zu beseitigen. Europas Geschichte lehrt immerhin, vom Sparta *Lykurgs* bis zu den gegenwärtigen Neo-Nationalstaaten und Separatisten, dass Gesellschaften und politische Systeme, die sich gegen Fremde nach dem Motto „Deutschland den Deutschen, Serbien den Serben, Korsika den Korsen“ abschotten, zum Albtraum für die in ihnen lebenden Menschen werden und hinter ihre Nachbarn zurückfallen. Deshalb ist es unsinnig, der globalen Migrationsdynamik mit Abwehr zu begegnen.

Der ugandische Schriftsteller *Moses Isegawa* schrieb zum Drama um die Afrikaner, die im Jahr 2005 in Mellilla und Ceuta mit „wilder Entschlossenheit und Energie“ versuchten, nach Europa hereinzukommen, dass er schon 15 Jahre früher „einer von ihnen hätte sein können“. Europa nicht zu erreichen, wäre für ihn „schlimmer als der Tod“ gewesen (*Süddeutsche Zeitung* vom 13.10.2005). Die Afrikaner, die in Fernseh-Interviews, in verständlichem Französisch, erklärten, sich um keinen Preis von ihrem Ziel, in die Europäische Union zu gelangen, abbringen zu lassen, ziehen doppelte Energie aus zwei sehr starken Antrieben: der Flucht und dem Ziel. Ein junger Mann aus Dakar, der seit über einem Jahr im Wald vor Ceuta campiert und immer wieder versucht hatte, in die spanische Enklave einzudringen, sprach für viele, als er sagte: „Lieber sterben als erfolglos zurückzukehren“ (*Süddeutsche Zeitung* vom 21.1.2006).

2. Arbeit, Politik, Moral

Dieses Drama hat drei Dimensionen, mit denen sich ein angemessen komplexer Begriff sozialer Leistung skizzieren lässt: Es geht nicht nur um Flüchtlingshilfe und Asyl, sondern um ein Bewusstsein von Kredit und Erwartung, von Schulden und Dulden auf Gegenseitigkeit.

2.1 Erstens die Arbeitsdimension

Hier wollen Leute herein, die arbeiten wollen und die Arbeit, auch illegale, mitbringen und nicht wegnehmen. Sie leisten mehr als sie in Anspruch nehmen.

als Ernte-, Leih- und Sexarbeiter beziehungsweise -arbeiterinnen, als Haushalts-, Pflege- und Ladenhilfen. Von 1964 bis 1987 zahlten die Arbeitsmigranten in der Bundesrepublik Deutschland, die „Gastarbeiter“, nicht nur in jedem Jahr weit mehr Beiträge an die deutschen Sozial-, Renten- und Krankenkassen als sie Leistungen in Anspruch nahmen (Franzke 1994), sondern legten auch mit enormem Kapitaltransfer in ihre Heimatländer die Grundlagen der heutigen EU-Standards ihrer Heimatstaaten. Irland zum Beispiel, einst Armenhaus und über viele Generationen Auswanderungsland mit hohem Geburten- und Totenüberschuss, avancierte seit seiner Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) vom Nehmer zum Geberstaat. Und viele Familien der einstigen andalusischen Wanderarbeitenden in Barcelona, Paris und Köln sind heute Unternehmer oder Eigentümerinnen der Agrarplantagen und Touristenquartiere ihrer Heimat – und beschäftigen ihrerseits Wanderarbeiterinnen und -arbeiter aus Nordafrika, Lateinamerika und Osteuropa.

„Migration verlangt Zielbewußtheit, Rationalität, Antizipationsfähigkeit und Robustheit im Umgang mit Schwierigkeiten; Fähigkeiten also, die man nicht unbedingt dem Leben in den Exklusionsbereichen (der banlieues und Sozialhilfegettos, Anmerkung des Autors) verdankt“ (Stichweh 2000, S. 81). Auch die Arbeitsmigranten und -migrantinnen heute tragen durch Arbeit und Konsum mehr zum nationalen Wohlstand bei als ihn zu schmälern. Inzwischen sollen sie aber „draußen“ bleiben, um das zwischen den europäischen Nationalstaaten etablierte Sozial- und Ungleichheitsgefüge nicht zu sehr zu strapazieren. Je mehr jedoch hier, in einer alternden, reichen und gesunden Gesellschaft die Soziallasten ansteigen, desto mehr junge, das Elend ihrer Heimat fliehende, anspruchslose Leistungsbringende werden kommen müssen, um diese Lasten zu tragen.

Die gegenwärtigen Sozialleistungsreformen dienen primär der Umverteilung von unten nach oben im Sinne der Ökonomisierung humaner Standards. Das zeigen die Debatten um „gute“ und „schlechte“ Kassenpatienten und -patientinnen, um eingeschränkte medizinische Versorgung alter Leute, der Streit um Mindestlöhne und das um sich greifende Controlling des Kostenfaktors Mensch. Mit einer Ausnahme: Um Migranten wieder loszuwerden, ist nichts zu teuer. Auf ihre Arbeitskraft und ihre Fähigkeiten wird verzichtet, denn sie sind der Rohstoff der Sicherheitsindustrie.

Luio Brentano lobte 1876 an *Bismarcks* Sozialgesetzgebung die „Steigerung des Staatsgefühls“ aller

DZI-Kolumne Borderline

Die Borderline-Persönlichkeitsstörung äußert sich laut *Wikipedia* durch „negatives und teilweise paradox wirkendes Verhalten in zwischenmenschlichen Beziehungen sowie im gestörten Verhältnis zu sich selbst“. Der Beitrag von *Hermann Pfütze* in diesem Heft über eine „globale Minimaethik der Weltgesellschaft“ wird Sie möglicherweise davon überzeugen, dass große Teile unserer westlichen Gesellschaften kollektiv von der Borderline-Störung befallen sind.

So konstatiert *Pfütze* bei den westlichen Demokratien eine „Umschuldung“ der ganz besonderen Art: Angesichts weltweiter Migrationsströme seien nach dem Gefühl vieler Menschen nicht mehr „wir“ die Gewinnenden und Ausbeutenden, sondern vielmehr beuten „die“ uns aus. Der Autor beschreibt weiter, wie Lateinamerikaner heute bitter beklagen, dass sie von Europa mit Gewalt ferngehalten werden, nachdem sie über Jahrhunderte hinweg von Europäern kolonisiert wurden, diesen später aber auch Zuflucht und Lebenschancen boten. In der Tat ein „negatives und paradox wirkendes Verhalten“ im Wortsinn der oben zitierten Definition.

Paradox behandelt – gelinde gesagt – werden seit Sommer 2004 auch *Stefan Schmidt* und *Elias Bierdel*, der eine damals Kapitän der „Cap Anamur“, der andere Chef der gleichnamigen Hilfsorganisation. Sie retteten 37 sudanesischen Flüchtlinge aus einem Schlauchboot im Mittelmeer vor dem nahen Tod, brachten sie nach wochenlangem Nervenkrieg mit der Regierung *Berlusconi* in Italien an Land und wurden noch am Kai wegen „bandenmäßiger Schleuserei“ verhaftet. Seit November 2006 läuft gegen sie der Prozess in Sizilien, zu dem sie einmal monatlich anreisen müssen.

Ihre Erfahrungen an den Grenzen Europas und wohl auch ihre moralischen Grenzerfahrungen haben *Bierdel* und *Schmidt* zur Gründung einer Organisation bewogen, die sich für einen menschlicheren und gerechteren Umgang mit den Flüchtlingen einsetzt – sie heißt: „Borderline Europe“.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de

Beteiligten – der Arbeiter, der Rentner und der Kapitalisten, die damals zum ersten Mal Arbeitgeberanteile, nämlich ein Drittel der Versicherungsbeiträge, zahlten. Daraus ist heute ein ernüchtertes Globalgefühl geworden. Alle leisten einen Beitrag zur Weltgesellschaft, ob sie wollen oder nicht. Anders als in den Sozialstaaten des 19. und 20. Jahrhunderts sind Leistungen und Gegenleistungen in der Weltrisikogesellschaft jedoch dereguliert und beitragsunabhängig. Zwischen den Arbeitsmigranten, den zwangsglobalisierten Kosmopoliten von unten, und den global players, den Erste-Klasse-Kosmopoliten von oben, gilt ein von sozialen Ansprüchen und Verpflichtungen gereinigter Gesellschaftsvertrag: Sie rechnen nur knallhart miteinander.

2.2 Zweitens die politische Dimension

Im Sommer 2005 wurden Schwarzafrikaner, die es bis Agadir geschafft hatten, von der Polizei in der Sahara ausgesetzt. Zum Glück für sie gab es davon unschöne Bilder im Fernsehen, so dass sie einige Tage später von Vertretern der Vereinten Nationen wieder geholt wurden und die Regierung von Marokko für die rüde Praxis eine Rüge erhielt. Zwischen 2003 und 2005 wurden rund ums Mittelmeer – von Mauretanien bis Lybien, auf den ostgriechischen Inseln, in Süditalien, auf Malta und den Kanaren – Auffanglager mit einer Kapazität von einigen 100 bis zu 3 000 Plätzen eingerichtet, und die Berichte über inhumane Behandlung der Flüchtlinge, vor allem durch griechische und mauretanische Grenzschützer, nahmen zu. Inzwischen hat jedoch FRONTEX die Sache in die Hand genommen. Die im Oktober 2004 gegründete „Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union“ nahm ein Jahr später die Arbeit auf. Sie kontrolliert inzwischen ziemlich lückenlos die Küsten und das Hinterland, rettet bei Tag und Nacht Menschen aus überfüllten Booten, fragt sie über ihre Fluchtrouten aus, organisiert ihren Rücktransport in die Herkunftsländer und fahndet inzwischen auch auf europäischen Zentralflughäfen nach illegalen Migranten aus Lateinamerika (Welzer 2008, S. 186 ff.).

Diese Abwehrpraxis ist freilich das politische Eingeständnis, die Migranten nicht mehr loswerden zu können, ohne ihr Leben und unseren Ruf zu gefährden. Die ertrunkenen und die geretteten Boatpeople, die in Containern Ersticken und im Stacheldraht Verunglückten, die Opfer des internationalen Frauen- und Kinderhandels lassen sich nicht mehr als Kollateralschäden oder Preis einer vernünftigen Politik verrechnen. Menschenhandel, Sklaverei und Folter sind seit dem Jahr 1949 immerhin als Verbre-

chen gegen die Menschenrechte international geächtet. Auch im Vertrauen darauf kommen die Arbeitsmigranten und Bürgerkriegsflüchtlinge wieder und sind tüchtig. In der Weltgesellschaft kann sie kein Staat mehr nur zum Problem der direkt Beteiligten machen, wie bisher bei begrenzten Konflikten. Der Vietnamkrieg war vielleicht der letzte Krieg, nach dessen Ende im Jahr 1969 die Gefangenen und Vertriebenen „nur“ ein Problem zwischen den Kriegsparteien waren. Denn schon einige Jahre später, ab 1975, waren die sogenannten Boatpeople, meist Südvietnamesen, die auf kleinen Booten dem kommunistischen Regime des wiedervereinigten Vietnam entflohen, ein Problem der Weltpolitik.

2.3 Das bringt die dritte, moralisch-ethische Dimension ins Spiel

Gerade die extrem Ungleichen, die sehr Fremden und sehr Lästigen, mit denen wir um keinen Preis tauschen möchten, sind sehr präsent. Und zwar weniger die, die tatsächlich hier sind und sich irgendwie durchschlagen und als illegale Dienstleistende und Niedriglöhner nützlich sind, als vielmehr die, die als dunkle, fremde, unheimliche Menge bedrohlich imaginiert werden und die Planspiele der Politiker und Politikerinnen sowie die Schreckensszenarien der Medien bevölkern. Auch rechtstaatliche, demokratische Einwanderungspolitik bedarf offenbar dieser negativen Profilierungsfolie. „Illegale“ beleben schon immer die Hurenphantasien der Männer, die Gewaltängste der Frauen und die Säuberkampagnen der Politik. Aber seit etwa 30 Jahren sind diese Migranten, ähnlich wie die Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg, immerhin als globales Humanitätsproblem präsent.

Wie sie dulden, ohne sie anzuerkennen, ohne Zwangsprostituierte, Saisonsklaven und Dealer zu Leistungsberechtigten aufzuwerten, ohne sie ignorieren zu können und ohne mit ihnen irgendwie gleich sein zu wollen? Schärfer formuliert: Wie schätze ich unter der Menschenrechtsprämisse, nach der ich mich selber wertschätze, andere Menschen wert, die für mich keinen Wert haben? Hat diese globale Minimalethik, die Orientierung am nur noch juristisch schützens- und statistisch schätzenswerten, nackten Leben in Lagern, sich dadurch nicht schon selbst unterboten? Oder, mit *Giorgio Agambens* Wort, was gelten Menschen, die nichts bedeuten (*Agamben* 2002)? Die Rede vom „nackten Leben“ und vom „Lager als biopolitischem Paradigma der Moderne“ und Projektionsraum „lebensunwerten Lebens“ (*ebd.*, S. 131 f., S. 145 f.) stärkt und popularisiert nämlich wider Willen das, was sie kritisiert. Dieses Denken in Extremen verallgemeinert, was es an-

prangert und leistet der Gewalt der Praktiker des Extremen, nämlich der Lagerbetreibenden, Menschenhändler und Warlords, ungewollt Vorschub. Daran ändern auch Kleider- und Prothesenspenden nur wenig.

Wer das Jahreseinkommen seiner Familie für eine äußerst beschwerliche und gefährliche One-Way-Passage von den Philippinen oder aus Uganda nach Deutschland bezahlt, will hier mehr als nur Almosen und Duldung, will aus seinem Leben etwas machen. Diese Elendsmigranten verkörpern die Schmerzgrenze humaner Minimal- und Duldungsethik: Der marktliberale Grundsatz offener Gesellschaften, dass alle überall, wo es ihnen Erfolg versprechend erscheint, aus ihrem Leben etwas machen können und zu Konkurrenz und Ungleichheit beitragen, ist für Migranten realistisch und nimmt ihr Elend ernst. Wenn sie scheitern und nichts daraus machen, riskieren sie ihren Existenzentwurf und machen sich schuldig: vor sich selbst, vor ihren Fluchtgründen und vor ihrem Ziel. Dies „selber schuld“ ist jedoch ein ganz anderer Status als von vornherein, ohne überhaupt anfangen zu können, der Gewalt, Willkür oder Fürsorge Dritter ausgeliefert zu sein.

Die FRONTEX-Praxis der EU ist in diesem Sinn Gewalt, und das seit dem Jahr 1993 mehrfach restriktiv „verbesserte“ Asylbewerberleistungsgesetz ist keine Fürsorge, sondern legalisiert Entwürdigung und Entrechtung der Flüchtlinge. Wahrhaftige Fürsorge schafft dagegen Duldungspausen, damit die Einwanderer und Einwanderinnen überhaupt beginnen können zu leben und die Gesellschaft von ihnen etwas erwarten kann. Das heißt zum Beispiel praktisch, dass Asylbewerber zunächst eine Arbeitserlaubnis bekommen, dass zur Prostitution oder Heirat gezwungene Frauen hier einen selbstständigen Rechtsstatus erhalten und dass straffällig gewordene Migranten hier bestraft werden, in unsere Gefängnisse kommen und nicht abgeschoben werden. Die farschige Ankündigung der bayerischen Staatsregierung im Juli 2008, die beiden jungen Gewalttäter, die in einem Münchner U-Bahnhof einen alten Mann brutal zusammengeschlagen hatten, nach Verbüßung ihrer Strafen in ihre „Heimatländer“ abzuschicken, weil solche Gewalt „nicht zu uns“ gehöre, ist rechtlich und moralisch abwegig. Als ob sich Verbrechen und Gewalt in irgendwelchen Heimatländern entsorgen ließen: Griechenland und die Türkei sind die Herkunftsländer der Eltern der Täter, aber deren Heimat ist hier. Selbst wenn dahinter die Idee einer neuen Variante der Verbannung steckt, müsste das entsprechende „Sibirien“ schon in Europa eingerechnet werden (Steinfeld 2008).

Dies alles sind wir nicht nur den Migranten – auch den kriminellen – schuldig, sondern vielmehr unserer humanen, rechtsstaatlichen und ökonomischen Zivilkultur. Nur wenn wir uns in diesem Sinn nichts schuldig bleiben, können wir deren Gläubiger sein, also verlangen, dass sie auch uns Leistung, Respekt, Gesetzesachtung und Verantwortung schuldet. Solange zum Beispiel der junge Kurde, der ugandische Flüchtling oder die katalogverkuppelte Philippinin sich damit herausreden können, dass sie keine bezahlte Arbeit bei Deutschen finden, sich vor der Polizei verstecken müssen und deshalb bei ihren Stammesverwandten, beim sklavenhalterischen Imbiss-Inder oder für einen Zuhälter gegen Kost und Logis ohne Lohn schufteten müssen, werden sie Respekt, Leistungen und Recht nur von anderen einklagen. Wie sollen sie ohne sozialen Vorschuss Bring-schulden machen, geschweige denn abarbeiten? Statt zu sagen: Wir wollen nicht, dass diese Leute hier „etwas bringen“, sollten wir sagen: Wir dulden niemand, der nicht versucht, es zu etwas zu bringen, denn das ist der Antrieb der meisten. Dabei zu scheitern oder kriminell zu werden, ist das Risiko; aber erst im zweiten Schritt und nicht schon von Anfang an, vor aller Duldung und Schuld. Klar ist nämlich, dass nur Migration selbst, als gesellschaftlich erzwungene, gleichwohl erwünschte, erfolgsorientierte Mobilität, nach und nach die Migrationsgründe in den Heimatländern – vor allem Armut, Clan- und Familienzwänge, Krieg und politische Verfolgung – beseitigen wird (Bade 2000).

Auch gegen hilflosen Altruismus ist zu sagen: Wer sich armen Abgewiesenen und schuldlos Elenden gegenüber schuldig fühlt, kann etwas dagegen tun, zum Beispiel durch Unterstützung von amnesty international oder pro Asyl, mit Paten- oder Vormundschaften für minderjährige Flüchtlinge. Schuld- und Gläubigergefühle sind keine Schande, sondern für beide Seiten gut, sind erprobte soziale Praxis und halten die Gesellschaft zusammen. Schuldtoleranz ist eine sozial vermittelnde, psychische Alltagsleistung, während die Idee schuldenfreier Autarkie und sauberer Hände ein asozialer Wahn ist. Es reicht also nicht, nur das pure Dasein und nackte Leben der vogelfreien und gesetzlosen Mitmenschen in Lagern zu schützen, sondern sie müssen sozusagen eingekleidet werden mit Schulden und Duldung als sozialer Erstausrüstung.

3. Normative Dynamik

Die drei Dimensionen des Themas können mithin nicht auf binnenstaatliche oder bilaterale Probleme reduziert und auch nicht mehr traditionell entwicklungspolitisch als Nebenwidersprüche und „Hobel-

späne“ einer im Grunde richtigen Fortschritts- und Zivilisationsdynamik erörtert werden. Vielmehr sind die Probleme heute überall in der Welt in jeweils unterschiedlicher Perspektive und Schärfe gegenwärtig als fortschreitende „interne Differenzierungen dieses Systems“, das immer neue Unterschiede, Ungleichheiten und Konflikte erzeugt und die ökonomischen, technischen und kulturellen Globalisierungen „als Mechanismen des eigenen Strukturaufbaus nutzt“ (Stichweh 2000, S. 14).

Wer von Wertewandel, von Liberalisierung und Harmonisierung der unterschiedlichen Standards und Normen der Staaten Europas spricht, sollte bedenken, dass es keine praktikablen Mittelwerte gibt, auf die sich Aufwertung oder Entwertung von Leistungen, Qualitäten und Ansprüchen einpendeln, sondern dass jeder nicht triviale Strukturaufbau die Unterschiede vergrößert und spürbaren, teilweise „krassen sozialen Wandel“ hervorbringt, wie etwa in den neuen osteuropäischen EU-Staaten oder durch Aufwertung der Bildung und Abwertung traditioneller Geschlechterrollen in islamischen Gesellschaften. Diesen Wandel können Harmonisierungsrhetorik und Abschiebep Praxis schon deshalb nicht abwiegeln, weil die systemischen Strukturerefordernisse als Basisstufenden demokratischen Umbaus und ziviler Komplexitätssteigerung sozusagen von sich aus aufwiegender sind, als stabilisierende Unruhestifter des Neuen.

Lars Clausen fasst diese Erfordernisse am Beispiel der Wiedervereinigungsgeschichte der beiden deutschen Staaten zu vier Tugenden zusammen: „Basis-moral, Basisorganisation, Basistoleranz, Basisstrauen zu Neuem“ (Clausen 1994, S. 228 f.). Ohne diese Tugenden funktioniert keine demokratische Struktur. Basis ist, das sei betont, nicht Mittelwert oder kleinster gemeinsamer Nenner, sondern Grundlage aller Unterschiede. Demokratie und Zivilkultur stärken diese Basis, Gewalt und antidemokratische Kräfte bekämpfen sie mit „Gegentugenden“ wie Intoleranz und Misstrauen, mit „Ehre“ statt Recht.

Dynamisch-systemisch an den vier Tugenden ist, dass sie nicht nur als Eigenschaften und Haltungen präsent sind, sondern auch als Mängel. Ihr Fehlen wird in Umbruchsituationen bemerkt, aber auch dort, wo sich nichts tut, als Missvergnügen am Gewohnten. Dann werden Stillstand und Mittelmaß als Rückstand und Nachteil bewertet. Einmal in Gang, lassen sich diese Fähigkeiten in Krisen zwar einschüchtern und projektiv umwerten als Ruhestörung und Bestandsgefährdung, aber nicht mehr ungeschehen machen. Das meint auch Rudolf Stichwehs Begriff

einer „inklusive Minimalkultur der Weltgesellschaft“, die zwar „nicht aggressiv formulierte“ Duldungskulturen begünstigt, aber zugleich konfliktanfällige Recht- und Pflichteskalationen zwischen den Staaten hervorbringt (Stichweh 2000, S. 23 f., S. 75 f.). Denn Weltmoral verlangt auch von ihren ethnozentrischen Gegnern Verantwortung und Begründung, etwa für ihre Geringschätzung des nackten Lebens „Überflüssiger“. Auch das ist Normstärkung im Sinne überraschenden Wiedereintritts (re-entry) globaler Mitleidenschaft, ist die Stärke der Schwachen gegen die Normschwäche der Starken. Es ist auch die zivile „Macht universalistischer Moral“, die in Demokratien „conditio sine qua non“ gesellschaftlichen Wandels ist (Zimmermann 2008).²

Wir müssen uns von der traditionellen, alteuropäischen Zentrum-Peripherie-Unterscheidung verabschieden, wonach Globalisierung eine Art nach- und aufholender Weltordnungsprozess im Sinne von Bildung, Entwicklungshilfe, Fortschritt und Demokratisierung ist. Dieter Hasselbach schlägt einen realistischeren Begriff der Globalisierung vor: „Die Weltwirtschaft ist heute soweit integriert, dass sie sich der ordnenden Vernunft von Staaten entzieht“ (Hasselbach 2006). Die reichen westlichen Demokratien sind zwar nach wie vor Wunschziel und Nutznießende der globalen Migration, aber im Affekthaushalt vieler Menschen scheint eine Art Umschuldung im Gange zu sein: Nicht mehr „wir“, so scheint es, sind die Gewinnenden und Ausbeutenden, sondern „die“ beuten uns aus. Die Gemüse- und Obstenernten in Europa und Nordamerika sind abhängig von osteuropäischen, nordafrikanischen und lateinamerikanischen Saisonbeschäftigten, die, so die Sorge, quasi unsere Ernährung in der Hand haben. Wie sonst ist zu erklären, dass viele Menschen ihren Wohlstand und die politische Stabilität durch Menschen gefährdet sehen, die hier arbeiten und Geschäfte machen und zu diesem Wohlstand legal und illegal beitragen?

Im westlichen Verständnis der Tradition und Metaphorik des Entwicklungsgefälles versuchen die Migranten, die Wohlstands- und Aussichtsgipfel des Westens zu erklettern und für sich ein wenig davon abzutragen, während der Westen, auch um kolonial-imperialistische Schuldkomplexe zu kompensieren, mit eifriger Verfüllung der jeweils schlimmsten Jammertäler die Aussichtslosigkeit dort ein wenig zu beheben versucht. Zum Glück funktioniert gesellschaftliche Differenzierung nicht entropisch-geologisch: Das oben Abgeräumte füllt nicht unten die Gruben, verringert nicht die Unterschiede, sondern bringt neue Differenzen hervor. Und das nährt of-

fenbar Zweifel an der Stabilität und am Wertgefüge der demokratischen Wohlfahrts- und Zivilkultur.

Stichweh nimmt die qualitative Dynamik der funktionalen Differenzierung ernst: nämlich die sich steigernde Komplexität systemischer Strukturen durch alles, was in ihnen passiert, besonders durch das Unangenehme. Er reflektiert die negentropische Dynamik lebendiger Systeme und fügt ein normatives Argument hinzu: Die politischen, kulturellen und ökonomischen global players gehen auch moralische „Modernitätsverpflichtungen“ ein, da sie im Welt-horizont nicht nur ihre Interessen, sondern alles reflektieren müssen. Vogelgrippe- und AIDS-Forschung, Kyoto-Abkommen und Emissionshandel, Katastrophenhilfsindustrie und Flüchtlingsrückführungsabkommen, all diese ethisch fundierten Globalisierungsfolge-Anstrengungen sind ja Anerkennung der Weltgesellschaft und implizieren einen „Zwang zur Neuordnung des Sozialen“ (*Bammé* 2006).

Allerdings steigern auch diese Unternehmen die Ungleichheit: Die langfristig und nachhaltig angelegten, kapitalintensiven Großforschungsprojekte, etwa zum Klimawandel, zur Bio- und Gentechnologie in der Pharma- und Lebensmittelforschung und zur elektronischen Datenverarbeitung, gleichen die Lebensverhältnisse nicht etwa an, sondern forcieren in allen Gesellschaften die relativen Unterschiede zwischen arm und reich, gebildet und ungebildet, gesund und krank. *Ulrich Beck* sprach schon vor 20 Jahren vom „big business“ der Wissenschaften in der globalen Risikogesellschaft.

Interessant an *Stichwehs* Begriff der Weltgesellschaft ist deshalb auch sein implizites Plädoyer für einen „Weltsozialstaat“. Gegen die Entlastungshoffnungen eindimensionalen Globalisierungsdenkens betont er, dass die Dynamik der Globalisierung auch normative Fragen weltgesellschaftlich forciert, sie in globaler Dimension regeneriert und die Systemtheorie sich nicht, wie bei *Luhmann*, radikal antinormativ davon dispensieren kann. Die Hoffnung der Nationalstaaten auf normative und soziale Entpflichtung durch Internationalisierung der Standards und sogenannte Harmonisierung der Gesetze trägt nämlich. In der Weltgesellschaft ergeben sich für die Staaten erst recht normative Verpflichtungen „rechts- und wohlfahrtsstaatlichen Handelns“, also menschenwürdiger Behandlung auch der Unwürdigen, der Ausgegrenzten und Flüchtlinge, der Opfer und Täter globaler Gewaltmärkte. Das gilt auch Verbrechern, denn nicht deren Taten sind der Maßstab, (mit dem kleinere Halunken sich dann herausreden,) sondern der weltgesellschaftliche Umgang mit ihnen ist die

Probe auf die Begründung und Geltung der Normen. Daher ja die Empörung über die Missachtung etwa des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag durch die derzeitigen russischen, chinesischen und amerikanischen Regierungen. Auch in der Weltgesellschaft gibt es Domänen der Gewalt und Willkür, aber ihre moralische und soziale Umwelt ist nicht mehr die eigene, exklusive Welt selbstherrlicher Großmachtspolitik, mafioser Strukturen oder archaischen Brauchtums, sondern die, gleichwohl fremde, Gesellschaft der Welt.

Abschiebung, Mauern und hohe Drahtzäune sind „soziale Leistungen“ im Sinne prekärer innen- und zwischenstaatlicher Ungleichheit. Auch wenn die Betroffenen nicht mitreden können, sondern nur als Bild- und Zahlenmaterial im Fernsehen durchlaufen, verstärkt die globale Echtzeit-Information den Legitimierungs- und Normzwang in allen Staaten, die Wert darauf legen, als ordentliche Staaten zu gelten. *Stichweh* vermutet deshalb, dass alte und neue Nationalstaaten künftig noch wichtiger werden und es eine „entscheidende Leistung der Weltpolitik ist“, sie „als basale Strukturen einer Weltkultur“ zu stärken statt zu schwächen (*Stichweh* 2000, S. 24 f.). Die überall erwartbare, wahrscheinliche Erfahrung „inklusive Minimalkultur der Weltgesellschaft“ entwickelt sich auch in den Metropolen der Staaten, die sich dagegen abzuschotten versuchen (*ebd.*, S. 75), zum Beispiel in Teheran, Bogotá und Damaskus, sogar in Lhasa und Kabul. In den „Megacities“ herrscht zwischen Millionen einander Fremder, so der Dichter und Künstler *Armando*, ein Klima der „Wärme der Abneigung“ (*Armando* 1987), dessen soziale Treibhauseffekte jedoch durch tägliche Distanzroutine und Duldungsleistungen aller aufgefangen werden. Diesem Klima können auch „Schurkenstaaten“ nicht entkommen.

Allerdings, und auch das ist ein systemischer Effekt, geht mit moralischer und normativer Abwertung, etwa Nordkoreas oder der derzeitigen Präsidenten Simbabwe und des Iran, ihre strukturelle Aufwertung einher. Sie sind dauernd präsent, weder wegzudenken noch wegzumachen. Auch die Geschäfte der Warlords, Drogenbosse und Menschenhändler waren noch nie so profitabel wie heute, dank der Hochrüstung gegen sie. Die Kriegspropaganda wertet auch diese Verbrecher weltgesellschaftlich strukturell auf, nicht ab.

Gefragt sind mithin nicht triviale, überraschende Strategien. Statt europäische Hilfsgelder über Regierungskonten dieser Staaten wieder in deren Gewaltmärkte zu pumpen, wäre es zum Beispiel eine

sinnvolle paradoxe Intervention, Drogen und Waffen mit diesen Geldern aufzukaufen, ähnlich wie europäische Hilfsorganisationen im Südsudan den arabischen Menschenhändlern die schwarzen Gefangenen abkaufen, bevor sie in Sklavenarbeit oder Zwangsprostitution landen. Die Verknappung des Angebots erhöht die Preise, und die Zahlungen an diese Leute könnten propagandistisch und praktisch, etwa durch Sperrung ihrer Auslandskonten und internationale Haftbefehle, mit den Finanzhilfen für die Regimes verrechnet werden.

Ein nicht trivialer, normativ-struktureller Effekt steckt freilich auch in den umstrittenen Good-Governance-Programmen: Die EU-Hilfen etwa für die kolumbianische Polizei, das Regime in Äthiopien, die Autonomiebehörde in Ramallah oder für die Provinzverwaltungen in Afghanistan finanzieren zwar auch die Missstände, gegen die sie helfen sollen, aber sie versorgen immerhin eine große Zahl meist junger Männer mit Arbeit und Lohn, die sich sonst, überzählig, unbeschäftigt und militant, auf den Gewaltmärkten anbieten. Folgt man *Gunnar Heinsohns* (2003) Argumentation, gibt es in vielen Elendsgesellschaften mit demographischem „youth bulge“, das heißt sehr hoher Geburtenrate und großer Überzahl ebenso tatendurstiger wie unnützer junger Männer, keine zivile Alternative zu deren Gewaltkarrieren als sie „mit unseren Steuergeldern“ dort zu Staatsdienern zu machen: als Polizisten, Lehrer, Verwaltungsangestellte, Aufbauhelfer und Mitarbeiter internationaler Firmen und Organisationen. So sind sie den Kreditgebern und sich selbst schuldig, zivile Strukturen aufzubauen, und können für ihr Tun zur Rechenschaft gezogen werden (*Tönnies* 2006, S. 287 ff.).

Wie unsinnig dagegen Schuldenerlass ist, zeigt das Beispiel Ugandas. Dem Land wurde im Jahr 2000 von drei Milliarden Dollar Staatsschulden zwei erlassen. Heute hat es fünf Milliarden Dollar Schulden und über 5 000 Hilfsexperten und -expertinnen im Land, die das alles dulden und entschuldigen. Uganda ist also ein wunderbarer Helfer- und Gebermarkt und ein Riesengeschäft, dessen internationale Anerkennung (respect) in seinen Schulden besteht. Würden die erlassen, wäre Uganda nichts mehr wert, aber seine Machthaber hätten alles.

4. Gewaltkultur – Zivilkultur

Die soziale und emotionale Leistung ist, auch mit extrem unsympathischen Menschen und Staaten bei zugleich starker normativer Distinktion eng umzugehen. Das ist der globale Zwang weltvergesellschafteter Individuen und Staaten. Niemand kann

es sich mehr leisten, ohne die innere und äußere Präsenz der anderen zu leben, sozusagen von gestern und fremd in der eigenen Gegenwart zu sein. Zu dieser Leistung unfähig ist nicht etwa der Ugander, der nach Europa will, sondern die Alt-Einheimischen hier, die nur sich kennen und das, was sich auf ihr Dasein beziehen lässt, und deshalb meinen, dass alle so sein müssten wie sie selbst. Die zum Perspektivwechsel Unfähigen, die nicht erkennen, wie sie gesehen werden, sind Opfer ihrer Optik. Heute wird aber von allen ein gewissermaßen panoptischer Weltinnenraum im Kopf als psychosoziale Duldungsleistung verlangt.

Die Unfähigkeit zum Perspektivwechsel kann nicht kompensiert werden durch Rekurs auf Gemeinschaftswerte. Denn der Hass auf die Weltgesellschaft, sowohl nationalistischer Fremdenhass als auch „okzidentalistischer“ Hass fanatischer Moslems gegen „unsittliche“ oder „gottlose“ Menschen und ihre westliche Lebensweise, gründet in der Abwehrgemeinschaft, kommt aus ihr und wird gemeinschaftlich ausagiert. Das gilt besonders für totalitäre Strukturen, die politisch, religiös und familiär als Zwangsgemeinschaft nur funktionieren, solange in ihnen die Gemeinschaftsenergien gegen die sie zersetzenden Verlockungen gesellschaftlich-individueller Freiheit mobilisiert werden können (*Buruma; Margalit* 2005, S. 36 f.). Gesellschaftliche Gewalt, etwa Polizei und Militär, ist dagegen nicht Ausdruck solcher Gemeinschaftsenergien, sondern ihr staatlich-säkularer Widerpart (das gilt auch für das diktatorische Militär der Türkei als Garant der Trennung von Staat und Religion.) *Ferdinand Tönnies'* Einsicht, dass es für Gesellschaften kein zurück zur Gemeinschaft gebe, stimmt heute umso mehr, nach allen Diktaturerfahrungen und als Kriterium der Gewaltanalyse. Da irrt *Ulrich Beck* mit seiner Gemeinschaftsrhetorik im Gewande der Individualisierung und „Gruppenbürgerlichkeit“ (*Bickel* 2006, S. 199).

Gewaltkollektive zum Beispiel in den Militär- und Religionsstaaten der islamischen Welt, zu deren beschworenen Grundlagen die selbstherrliche, patriarchalische Überlegenheit über andere Religionen und Lebensweisen gehört, können deren Konkurrenz und Erfolge, und vor allem das daran schmerzlich klar werdende Elend und die Rückständigkeit der eigenen Verhältnisse, nicht ertragen. Dabei verteidigen die Eiferer nicht etwa diese Verhältnisse, sondern beuten sie für ihre Zwecke aus. „Ihre Zerrissenheit zeigt sich, wenn abends westliche Flaggen verbrannt werden und morgens dieselben Zünder für ein Visum in die USA oder nach Dänemark anstehen“ (*Pleschinski* 2006). Die seit den 1970er-Jah-

ren in Algerien, Ägypten, Pakistan und Afghanistan mit der Islamisierung einhergehende Zerstörung und Vertreibung von Bildung und Wissenschaft, der inzwischen absolut beklagenswerte Verfall der dortigen Universitäten, die einst durchaus internationalen Standards genügten, ist Resultat gewaltsamer, ideologischer Gemeinschaftspolitik und ein krasses Extrem neuer Unterkomplexität in der Weltgesellschaft.

Auch die Frage des Leistungsbetrugs stellt sich in der Weltgesellschaft anders: Ins Gewicht fallen nicht die wenigen, die unberechtigterweise soziale Leistungen beziehen, sich es damit im Süden gut gehen lassen oder Sozialhilfe erschwindeln, sondern Leistungsbetrug ist heute eine Mentalität, die sich um den Gewinn der eigenen und anderer Menschen Leistungsfähigkeit bringt. Man könnte sagen, dass daran das Großexperiment des Sozialismus zugrunde gegangen ist, vor allem am „brain drain“ derer, die sich nicht lebenslang versorgen, bevormunden und in Nischen zwingen lassen wollten. Was für ein verschwenderischer Luxus der Stalinisten, die nach der Zerschlagung des Prager Frühlings im Jahr 1968 aus Wissenschaftlern, Lehrern und Künstlern Straßenkehrer, Hilfskräfte und Putzfrauen machten! Des Leistungsbetrugs schuldig macht sich aber auch eine Politik, die zum Beispiel Kindergartenplätze, Schulen und Studienplätze als Lasten und Kosten verbucht, statt sie als Investitionen, Gewinnbringende und „Treibhäuser der Zukunft“ zu verstehen.³ Vielleicht sollten lieber Universitäten und Gymnasien an die Börse gehen statt öffentliche Versorgungsunternehmen wie Eisenbahn, Wasserbetriebe und Kliniken. Der Streit um Trinkwasser als Grundrecht oder Ware (right or good) wird ja bereits weltweit geführt, und wahrscheinlich werden Erfahrung und Begriff sozialer Leistung als Duldung der Ungleichheit künftig auch vom Zugang zu Trinkwasser abhängen (Welzer 2008, S. 49 ff.).

Die Shareholder von Studienplatzfonds und Professuren indes würden ihre Gewinnerwartungen ökonomisch und moralisch viel solider formulieren können als etwa die Aktionäre von Wasser- und Energieversorgern, die künftig einen Großteil der Gewinne zum bewaffneten Schutz der Anlagen und Verteilernetze gegen Schwarzzapfer, Anschläge und Sabotage ausgeben müssen. Der Pädagoge *Wolfgang Tietze*, Mitautor des 12. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung 2005, erwähnt eine Langzeiterforschung aus den USA, wonach „jeder Dollar, den der Staat in eine gute Kindergartenerziehung investiert, sieben Dollar Rendite abwirft. Die Kinder sind besser in der Schule, sie haben später bessere Jobs,

zahlen mehr Steuern, sind seltener kriminell“ (*DIE ZEIT* vom 2.2.2006, S. 80).

Die Leitdifferenz der Weltgesellschaft wird künftig, so die meines Erachtens einigermaßen belastbare These, überall in der Welt sozusagen mäandern zwischen Gewaltkultur und Zivilkultur, beispielsweise beim Zugang zu Trinkwasser und Bildung. Der schwache, stets gefährdete Fortschritt seit dem Ende der schlimmsten Gewaltkulturen – Nationalsozialismus, Stalinismus und Maoismus – ist, dass gegenwärtig niemand ungestraft fordern kann, Menschen oder Völker müssten verschwinden oder vernichtet werden; das wäre sozusagen Weltlüge, nicht nur Ausschwitzlüge (*Zimmermann* 2005). Der Konflikt zwischen Gewalt- und Zivilkultur durchzieht freilich alle Gesellschaften mehr oder weniger. In den USA und in Russland zum Beispiel dominiert Gewaltkultur, bei ihren Nachbarn Kanada und Polen Zivilkultur. Zivilkultur heißt, mit *Norbert Elias'* Kurzformel, „Gewaltmonopol und Manieren“, während sich Gewaltkultur auf das Natur- und Faustrecht des Stärkeren gründet.

Selbst „Barbaren“, Erzfeinde und andere Feindbildprojektionen taugen heute nicht mehr zu stabilen Exklusionen des Extremen, zu Leistungs- und Duldungsverweigerung. *John Coetzee* hat dieses Problem in seinem Roman „Waiting for the Barbarians“ 1980 thematisiert, dessen Idee er einem Gedicht von *Konstantin Kavafis* von 1905 entnahm, in dem es, altes Griechenthema, um den Einfall von Barbaren geht, die es womöglich gar nicht gibt: „Und nun, was sollen wir ohne Barbaren tun? Diese Menschen waren immerhin eine Lösung.“ Nämlich des Problems der eigenen Duldungsgrenzen. Die Griechen der Antike hatten in den Barbaren, wie den Thrakern nördlich des Schwarzen Meers, welche mit denen sie ihr Menschenbild und ihre Sozial- und Militärpolitik begründen konnten. Können wir heute ähnlich, wie etwa die Bush-Regierung mit Berufung auf den 11. September 2001, die Militarisierung staatlicher Ordnungspraxis und die Verengung der Sozialpolitik auf Abschiebe- und Ausschlußkriterien, mit drohender „Barbarei“ begründen, mit von uns belieferten Gewaltmärkten, „Schurkenstaaten“ oder mit Elendmigration? Nein, denn die Ausgeschlossenen wandern in jedem Fall wieder ein, auch als Tote in den Fernsehberichten.

Heute gehört die Duldung aller, auch der Übelsten und Lästigsten, zum ungeteilten Menschenbild humaner, offener Gesellschaften, mit dem Leistungen und Hilfen, aber auch ihre Verweigerung positiv begründet werden. Verweigerung ist wie eine nicht

bestandene Prüfung, die wiederholt werden kann, aber nicht von vornherein Zugangsverweigerung. Das ist globale Verantwortungsethik aller gegen alle, an der die vormoderne Gesinnungsethik (Gute ja, Böse nein) scheitert. Das klassisch-moderne Modell der Integration durch Ausschluss und Beseitigung derer, die sich nicht integrieren ließen, die auswandern mussten, verbannt oder hingerichtet wurden (so *Foucaults* Analyse gouvernementaler Politik), hat ausgedient. Deshalb klagen heute Lateinamerikaner bitter, dass sie von Europa mit Gewalt ferngehalten werden, nachdem sie Jahrhunderte von Europäern kolonisiert wurden, ihnen Zuflucht und Lebenschancen gaben.

Heute gehören alle zur Welt-„Bevölkerung“, deren genauere Zahl freilich unbestimmbar bleibt. Die umfassende Klammer, der Halt des Ganzen, ist die Weltgesellschaft als moderner *Leviathan*, der wie sein *Hobbes'sches* Vorbild einen ähnlich ubiquitären Zwang auf alle Menschen ausübt, in diesem künstlichen Monster der *civitas hominum* ungeteilt und ungezählt zusammenzuleben. Zwar ist die Angst verbreitet, dass es von der einen oder anderen Sorte zu viele oder zu wenige sein könnten. Das Weltmenschenbild schwankt zwischen der Sorge um zu geringe Geburtenraten in alternden Gesellschaften („die Deutschen sterben aus“) und der Angst vor „Bevölkerungsexplosionen“ in China oder der arabischen Welt. Das heißt aber: Alle zählen und alle werden so gut es geht gezählt, und das impliziert zumindest als Weltkalkül das Ende der Barbarei. Es gibt keine Menschen mehr, die *nicht* zur Menschheit gehören. *Luhmann* paraphrasierend, kann Gesellschaft unter den Bedingungen der Weltgesellschaft sich nur noch nach innen weiter ausdifferenzieren, denn in den Systemen globaler Kommunikation hat Gesellschaft kein außen mehr und kann nicht mehr selbst zur Umwelt für parallele Stammes- und Glaubensgemeinschaften werden wie in totalitären oder apokalyptischen Weltbildern. Folgerichtig heißt *Luhmanns* Hauptwerk „Die Gesellschaft der Gesellschaft“.

Deshalb kennt der Geltungsbereich des Duldens und Schuldens keine weißen Flecken mehr auf dem Globus und keine no-go-areas, während der Atlas der sozialen Rechtsstaaten noch im 20. Jahrhundert der Weltkriege und des Kalten Kriegs aus zwei oder drei Welten bestand. Für Flüchtlinge aus einst britischen oder französischen Kolonien waren der Commonwealth-Pass beziehungsweise Francophonie die Türöffner für England oder Frankreich, in die Bundesrepublik Deutschland war Flucht aus kommunistischen Staaten bis zum Jahr 1989 der privilegierte Einbürgerungsweg. Lastenausgleich, „deutschstämmig“,

Entschädigung, Wiedergutmachung, Rechtsanspruch – all diese Kriterien und Begriffe sind heute jedoch überflüssig, da auf die Überflüssigen nicht anwendbar. Sie sind einfach da, als Flüchtlinge, Schwarzarbeitende, Sexsklaven, Gewaltdienstleistende. Das neue Berliner Regierungsviertel und die Olympiabauten in Athen aus dem Jahr 2004 wurden auch mit diesem Personal gebaut – stillschweigend geduldet und zum nächsten Auftrag verschoben. Die „Illegalen“ und Ausgegrenzten kommen in die reichen Länder und identifizieren sich positiv mit dem Lebensstandard, den wir gerade spürbar zu senken im Begriffe sind. Deshalb fürchten wir sie als Konkurrenten und als soziale Last, identifizieren uns negativ mit ihnen, als ob es uns auch so gehen könnte, wenn hier das soziale Netz dünner und weitmaschiger wird. Alle Erfahrung zeigt jedoch, dass Migration immer das Leben in den Einwanderungsgesellschaften verbessert hat.

Die Auseinandersetzungen um rechtliche und soziale Anerkennung führen mithin nicht nur zu neuen Ungleichheiten, sondern auch zu einem moralischen Lernprozess im globalen Anerkennungskonflikt, der die alten Klassen- und Rassenkonflikte relativiert und umgewichtet. *Ingeborg Lachaussée* bemerkte, dass Erfahrung und Begriff des Sozialen einen Bedeutungswandel durchmachen: „Das mutierende Soziale wird aus dem Geist der Barmherzigkeit und des Almosens entlassen, um nun als Zeichen der Anerkennung zu agieren“ (*Lachaussée* 2006, S. 325). In der „Weltgesellschaft“ dreht sich eine progressive Differenzierungs- und Komplexitätsspirale, die zivile Normen und humane Orientierung stabilisiert, weil Menschenverachtung und Terror weltmoralisch nicht mehr gebilligt werden. Auch die Verbrecher und Nutznießer des Schreckens entkommen den Konflikten nicht mehr. Stichworte sind zum Beispiel „Blutdiamanten“ und „Organhandel“. Der moralische Zwang der überlegenen humanen Universal moral folgt ihren Verächtern wie ein Schatten. Das zeigt sich auch daran, dass gewaltsame Stabilisierungsversuche wie Krieg, Mord und Vertreibungen politisch und moralisch in Verruf geraten und von erfolgreicher zivilen Vermittlungsformen wie Arbeit, Geld, Recht und Verhandlungen abgelöst werden, wie im Konflikt um die Stacheldrahtmauern in Ceuta und Melilla. Verhandlungen werden begünstigt durch die Ratlosigkeit aller, während die, die behaupten zu wissen, was richtig sei, eher auf gewaltsames Durchsetzen ihrer Absichten setzen. Je stärker zivile Normen eingeklagt werden, umso mehr Verstöße müssen zwar bearbeitet werden; das aber ist besser als Gewaltkultur, die alles beseitigt, was ihr im Wege ist.

Anmerkungen

1 Umgearbeitete Version eines Beitrags zum V. Internationalen Tönnies-Symposium „Neuordnung der Sozialen Leistungen“ am 14./15. Oktober 2005 in der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

2 Dieses Buch ist der gelungene Versuch, die universalistische Moral als historische Erfahrung gegen alle Einwände zu begründen.

3 So der Titel des begeisternden Films von Reinhard Kahl aus dem Jahr 2004 über tolle Schulen in Deutschland.

Literatur

Agamben, Giorgio: Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben. Frankfurt am Main 2002

Armando: Die Wärme der Abneigung. Frankfurt am Main 1987

Bade, Klaus J.: Europa in Bewegung. Migration in Europa vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München 2000

Bammé, Arno: Die Neuordnung des Sozialen durch Technologie. In: Tönnies-Forum 1+2/2006, S. 66

Bickel, Cornelius: Tönnies und Becks „Zweite Moderne“. In: Tönnies-Forum 1+2/2006, S. 199

Buruma, Jan; Margalit, Avishai: Okzidentalismus. Der Westen in den Augen seiner Feinde. München 2005

Clausen, Lars: Krasser sozialer Wandel. Opladen 1994

DIE ZEIT: Ausgabe vom 2. Februar 2006

Franzke, Antje: Die Bedeutung ausländischer Arbeitnehmer als Wirtschaftsfaktor in der BRD – von den fünfziger Jahren bis zur Gegenwart. Diplomarbeit. Berlin 1994

Hasselbach, Dieter: Was ist „Soziale Marktwirtschaft“? In: Tönnies-Forum 1+2/2006, S. 36

Heinsohn, Gunnar: Söhne und Weltmacht. Terror im Aufstieg und Fall der Nationen. Zürich 2003

Lachanssée, Ingeburg: Individuum und Soziale in der Demokratie. In: Tönnies-Forum 1+2/2006, S. 325

Pleschinski, Hans: Bericht aus Amman. In: DIE ZEIT, Ausgabe vom 16. Februar 2006

Regulation (EC) Nr. 491/2004 des EU-Parlaments vom 10. März 2004

Steinfeld, Thomas: Unheimliche Heimat. In: Süddeutsche Zeitung, Ausgabe vom 10. Juli 2008, S. 4

Stichweh, Rudolf: Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen. Frankfurt am Main 2000

Süddeutsche Zeitung: Ausgabe vom 13. Oktober 2005

Süddeutsche Zeitung: Ausgabe vom 21. Januar 2006

Tönnies, Sibylle: Hartz IV braucht einen neuen Geist. In: Tönnies-Forum 1+2/2006, S. 287 ff.

Vergil: Dido und Aeneas, Verse 350 und 360. Zitiert nach Reclam. Stuttgart 1991, S. 61

Welzer Harald: Klimakriege. Frankfurt am Main 2008

Zimmermann, Rolf: Philosophie nach Auschwitz. Eine Neubestimmung von Moral in Politik und Gesellschaft. Reinbek 2005

Zimmermann, Rolf: Moral als Macht. Reinbek 2008

15 Jahre Asylbewerberleistungsgesetz – 15 Jahre gewollte Entsolidarisierung

Georg Singe

Zusammenfassung

Seit 1993 gibt es zwei Existenzminima in Deutschland. Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) existiert nun schon 15 Jahre. Es regelt den Lebensunterhalt in Deutschland lebender Flüchtlinge. Obgleich ihnen vor dem Grundgesetz gleiche Würde und Rechte wie allen anderen zustehen, haben sie weniger Ansprüche auf grundsichernde Sozialleistungen. Der Artikel greift die Argumentation des Komitees für Grundrechte und Demokratie auf, das die Abschaffung des AsylbLG fordert. Denn durch dieses Gesetz werden Entsolidarisierung und Exklusion zementiert.

Abstract

Since 1993 there have been two subsistence levels in Germany. The „Law for asylum seekers in terms of social welfare (AsylbLG)“ has been in existence for 15 years. It regulates the basic benefits for refugees living in Germany. Even though the German constitution entitles them to the same dignity and rights as all other citizens, they can actually claim fewer social benefits covering their subsistence income. This essay takes up the reasoning of the Committee for Fundamental Rights and Democracy which demands the abolition of this law on the grounds that it perpetuates social exclusion and dissolidarity.

Schlüsselwörter

Asylbewerber – Asylrecht – Flüchtling – Lebensbedingungen – Menschenwürde – Grundgesetz

Gleiche Würde und gleiche Rechte?

Im Zuge der neuen Asylgesetzgebung wurde zum 1. November 1993 ein Gesetz in Kraft gesetzt, das die Exklusion in Deutschland lebender Flüchtlinge zementiert: das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Es regelt den Lebensunterhalt für Asylsuchende und Flüchtlinge. Alle Menschen haben vor dem Grundgesetz die gleiche Würde und gleiche Rechte. Aber im Hinblick auf den Lebensunterhalt grundsichernde Sozialleistungen werden sie in Gruppen mit unterschiedlichen Rechten eingeteilt. Flüchtlingen stehen nach dem AsylbLG erheblich weniger Leistungen zu als anderen Bürgerinnen und Bürgern. In den 1990er-Jahren war dies auch unter sozial-ethischen Gesichtspunkten noch ein großes Diskussionsthema. 1997 griffen die Kirchen in einem gemeinsamen Wort das Thema Migration auf und